



Punks in der DDR

Vopos gegen Punks

Ausgerechnet in Dresden, der Metropole des wegen seiner Aufgeschlossenheit von vielen Ostdeutschen als Honecker-Nachfolger erhofften SED-Bezirkschefs Hans Modrow, macht die Volkspolizei Jagd auf unangepaßte Bürger. Zahlreiche Punker erhielten seit Mai Aufenthaltsverbote für die Innenstadt und die Auflage, sich von Volksfesten fernzuhalten. Verstöße gegen diese Einschränkungen werden mit Geldstrafen zwi-

schen 50 und 450 Mark belegt. Begründet werden die Maßnahmen mit „anstößigem Verhalten“, das „in erheblichem Maße den Anstand und die menschliche Würde“ verletzt habe. Ende Mai wurde außerdem im Stadtteil Niedersiedlitz eine Wohnung geräumt, in der 15 Szene-Freaks feierten. Nach 15 Stunden im Knast wurden sie zu Geldstrafen verurteilt – wegen „Störung des sozialen Zusammenlebens“. Ende August traktierten Vopos im Stadtteil Cotta bei einer ähnlichen Aktion 30 Punks mit Knütteln, weil sie in einer Weltstadt wie Dresden nichts zu suchen hätten.

Fränkische Blockade

Peter Glotz, Bewerber um die Spitzenkandidatur der bayrischen SPD bei der Landtagswahl 1990, trifft auf eine eiserne Blockade der Führung des Parteibezirks Franken, an deren Spitze sein Rivale Karl-Heinz Hiersemann steht. Nach einem ersten Sieg von Glotz bei einer Probeabstimmung in Ingolstadt hat der

Vorstand der fränkischen SPD beschlossen, Glotz nicht in die Unterbezirke Frankens zu lassen und Abstimmungen zu meiden. Glotz werden lediglich Vorstellungsverksammlungen in den ländlichen „Regionalverbänden“ Unterfranken, Mittelfranken und Oberfranken angeboten. Dazu sollen auch die Ortsvereinsvorsitzenden eingeladen werden.

Teure Trinkgelage

CDU-Ministerpräsident Walter Wallmann, der sich in der hessischen Diätenaffäre als Notbremser hervorgetan hat, muß sich nun selbst vorhalten lassen, öffentliche Gelder zu verschwenden. Er hatte zehn Landtagskorrespondenten zu einer Amerikareise eingeladen, auf der, so berichtet ein Teilnehmer, außer „Trinkgelagen und langweiligen Reden nichts gewesen ist“. Die Landtagsfraktion der Grünen wirft Wallmann vor, mit der Tour durch den hessischen Partnerstaat Wisconsin und einem Abstecher nach New York den Wiesbadener Jour-

Erntedankfest für die Schatzmeister

Die kurz vor der Sommerpause vereinbarte Neuregelung der Parteienfinanzierung (SPIEGEL 24/1988) wird für Christ- und Sozialdemokraten ein einträgliches Geschäft mit der Staatsknete. Nach einem internen Papier des CDU-Schatzmeisters Walther Leisler Kiep rechnet die Union im nächsten Jahr mit einem Zugewinn von 9,7 Millionen Mark. SPD-Schatzmeister Hans-Ulrich Klose kann – statt null – sogar ein Plus von 11,8 Millionen Mark verbuchen.

Grund der wundersamen Geldmehrung: die von Kiep und Klose zusammen mit ihren Kollegen Hermann Otto Solms (FDP) und Karl-Heinz Spilker (CSU) ausgehandelte neue Formel für Staatszuschüsse an die Parteien. Sie berücksichtigt nicht nur die Höhe der Spenden, sondern auch die Mitgliederstärke der Parteien, wirkt sich also für CDU, CSU und SPD besonders günstig aus.

Das neue Modell soll zwar erst am 1. Januar 1989 in Kraft treten, aber die Schatzmeister rechnen – intern – schon das Kassen-Jahr 1987 nach dem neuen Schlüssel ab. Dem Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger legten sie am vergangenen Freitag mit den Rechenschaftsberichten für

1987 allerdings noch das alte Schema vor. Demnach bekäme die SPD null, die CDU 1,6 Millionen, die CSU 2,4 Millionen, die Grünen 4,7 Millionen und die FDP 4,2 Millionen Mark.

Wie sich der Geldsegen tatsächlich verteilt, hat Kieps Vertrauter Uwe Lüthje – rechtzeitig zum Erntedankfest – bilanziert: SPD: 11,8 Millionen, CDU: 11,3 Millionen, CSU: 5,6 Millionen, FDP: 5,5 Millionen, Grüne: 5,3 Millionen Mark. In diesen Summen sind jeweils 3,4 Millionen

enthalten, die alle Bundestagsparteien als „Sockelbetrag“ bekommen sollen.

Die kleinen Parteien FDP und Grüne profitieren von einer Übergangsregelung: Bis zum Ende der Legislaturperiode darf nach dem für sie günstigeren alten Schlüssel gerechnet werden. Auch dieser Bonus, mit dem die Zustimmung der FDP zum neuen Modell gesichert wurde, zahlt sich aus: Ohne Übergangsregelung stünden den mitgliederschwachen Parteien neben ihrem 3,4-Millionen-Sockel gerade noch rund 65 800 Mark (FDP) und 93 700 Mark (Grüne) zu.



Schatzmeister Solms (FDP), Kiep (CDU), Klose (SPD), Spilker (CSU)